

Es grünt so grün

Alfred Müller-Armack war ein Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft. Aber früher als andere stellte er auch die Umweltfrage. Seine Vision.

Von Markus Schöneberger

Die Rufe nach einer neuen nachhaltigen Ausrichtung unserer Wirtschaftsordnung sind heute so laut wie nie. Groß sind bei vielen zugleich die Zweifel, ob die klassischen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft diese drängende "ökologische Transformation" überzeugend zu meistern vermögen. Doch es war ausgerechnet Alfred Müller-Armack, der Erfinder der Erfolgsformel von der "Sozialen Marktwirtschaft", der schon Anfang der Sechzigerjahre deren Defizite beklagte und ihren Umbau in eine neue umweltbewusste Richtung forderte.

Allgemein bekannt ist, dass der Wirtschaftsethiker und Ökonom im Winter 1946/47 in der Abgeschiedenheit eines westfälischen Klosters in seiner Denkschrift "Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft" jenen "dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus definierte, dem er den Namen "Soziale Marktwirtschaft" gab. Und noch bekannter ist, was danach unter ihrer politischen Leitfigur Ludwig Erhard folgte: Das sogenannte deutsche Wirtschaftswunder - freilich ein Begriff, den Erhard selbst stets ablehnte.

Weitaus weniger bekannt ist hingegen eine andere Denkschrift, die Müller-Armack im Februar 1960 an der Universität zu Köln niederschrieb. Ihr Titel: "Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft - Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik".

Damit wollte der viele Jahre engste Mitarbeiter des ersten Bundeswirtschaftsministers und späteren Bundeskanzlers Erhard dem verblässenden deutschen Erfolgsmodell eine neue Wendung geben. Seine wesentliche Erkenntnis lautete: "Die Gestaltung der Umwelt vermochte der produktions-technischen Entwicklung nicht zu folgen". Er formulierte daher im Kontext mit weiteren Problemfeldern eine frühe, heute würde man sagen "grüne Agenda" zu einem Zeitpunkt, da für die meisten Bürger rauchende Schloten vor allem ein Wohlstandsindikator waren, weniger ein Problem; der Begriff Umweltschutz war den meisten damals völlig unbekannt. Auch die Protestbewegung der 1968er engagierte sich mehr für demokratische Mitbestimmung und sexuelle Revolution, nicht für die Rettung des blauen Planeten.

Müller-Armack jedoch befürchtete schon Anfang 1960 eine "wachsende Unruhe in unserer Gesellschaft", die auf "Mängeln unserer Umweltstruktur" beruhe. So forderte er auf 45 Seiten eine Kurskorrektur, denn wenn die Soziale Marktwirtschaft "ihren bisherigen Weg gedankenlos weiterginge", müsse sie scheitern. Es sei deshalb notwendig, ihre Ziele "neu festzulegen", denn es verschiebe sich deren Aufgabenbereich. Dies verlange "eine Anpassung unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik".

Aus dieser Ambition heraus formulierte er in seiner 7-Punkte-Analyse neben anderen Themen erstmals auch Forderungen für eine umfassende Umweltpolitik als Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft nach einer Phase des Wiederaufbaus. Im Klartext: Der Staat sollte sich "auf seine spezifischen Aufgaben für die Setzung einer konkreten Umweltordnung besinnen". Es könne kaum bestritten werden, dass in der nächsten Phase der Sozialen Marktwirtschaft gesellschaftspolitische Probleme vor die ökonomischen treten würden. Und an anderer Stelle: "Wir vollziehen damit in der Deutung der Sozialen Marktwirtschaft eine Wendung." Künftig werde es sich darum handeln, "die durch die Wirtschaftspolitik geschaffene wirtschaftliche Basis zum Fundament einer gesellschaftlichen Weiterentwicklung zu machen". Ziel sei eine "Gesellschaftspolitik, die den Versuch macht, nicht nur produktions-technische Probleme zu lösen, sondern Maßnahmen zu treffen im Hinblick auf die Gesamtheit der Umwelt".

Doch damals hörte niemand auf ihn. Diese Denkschrift passte offenkundig noch nicht in die Zeit. Aber für die Debatte zur künftigen Ausrichtung der Sozialen Marktwirtschaft könnte es hilfreich sein, bei Müller-Armack noch einmal nachzuschlagen - glauben doch nicht wenige Bürger heute, das damals entwickelte Konzept sei nur für eine spezifische historische Situation geeignet gewesen, die inzwischen als abgeschlossen gelten müsse.

Diesen Zweifeln setzte Müller-Armack Anfang der Sechzigerjahre, in denen das "deutsche Wirtschaftswunder" noch seine Glanzzeiten erlebte, sein Programm für eine Erneuerung entgegen. Der Professor für Nationalökonomie und Kultursoziologie hat somit nicht nur 1946 den visionären Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt und inhaltlich definiert - durchaus nicht immer im Sinne seines politischen Ziehvaters Erhard, sondern er hat 15 Jahre später auch einen Reformkatalog von ebenso unbequemer wie verblüffender Aktualität formuliert.

Er war dabei allerdings - im Gegensatz zu manch heutigen Weltuntergangspropheten - durchaus optimistisch vom Modernisierungspotential und der Anpassungsfähigkeit jener klassischen Konzeption aus der Nachkriegszeit überzeugt. Deshalb forderte er im Februar 1960 nichts Geringeres ein als deren Weiterentwicklung und Anpassung an neue Fragestellungen, darunter die Umweltfrage. Ökologie war zu jener Zeit noch ein Fremdwort. Müller-Armack formuliert es in der Sprache jener Zeit so: Es "verschiebt sich der Aufgabenbereich der Sozialen Marktwirtschaft". Hier müssten deshalb neue Wege eingeschlagen und "Umweltgestaltung in Zukunft mit viel größerer Intensität" betrieben werden. Eine solche Umweltgestaltung müsse zu den allgemeinsten Bedingungen unseres öffentlichen Lebens vordringen.

Als Beispiele nannte er die Reinhaltung der Luft und des Wassers; ebenso forderte er Nationalparks nach amerikanischem Vorbild und wollte angesichts von Überschussproduktion bisher landwirtschaftlich genutzte Flächen einer anderen "gesellschaftlichen Nutzung" zuführen.

Es dauerte freilich noch zehn Jahre, bis auch die offizielle Politik so weit war. Am 29. September 1971 reklamierte die sozial-liberale Bundesregierung in ihrem ersten Umweltprogramm das Recht künftiger Generationen auf "saubere Luft, reines Wasser und eine gesunde Landschaft" und räumte der Umweltpolitik als "Existenzfrage der Menschheit", den gleichen Rang ein "wie anderen öffentliche Aufgaben".

Der aufgeklärte Marktwirtschaftler Müller-Armack dachte zehn Jahre zuvor allerdings noch weiter voraus. Er kritisierte in seinem Aufsatz zum Beispiel auch, beim Ziel, dem modernen Verkehr einen Weg zu bahnen, habe man "die Konsequenzen der damit entstandenen chaotischen Umweltstruktur" zu wenig bedacht, und forderte ganz praktisch unter anderem, in der Stadt Fußgängern einen gleichen Rang einzuräumen wie dem rollenden Verkehr. Ganz grundsätzlich mahnte er an: "Die Planung der Verkehrswege muss unter dem Gesichtspunkt einer Eingliederung in eine sinnvolle Umweltordnung erfolgen".

Ebenso prinzipiell setzte er sich mit der Energiefrage auseinander: "Die verstärkte Konkurrenz zwischen alten und neuen Energieträgern zeichnet sich schon jetzt in ihren Konsequenzen deutlich ab." Dies verband er mit der entschiedenen Forderung, in der Kohlepolitik "den Prozess der Umschaltung reibungsloser vor sich gehen zu lassen", also etwa durch Mobilitätsprämien für abwandernde Bergleute und Kredithilfen für betroffene Gemeinden, um stattdessen dort neue Unternehmen anzusiedeln. Sein Plädoyer liest sich so: "Die Dinge schlechthin dem Wettbewerb zu überlassen würde die kommende wirtschaftspolitische Entwicklung mit einer permanenten Krise der traditionellen Energiequellen, insbesondere der Kohle, belasten". Wäre man diesen frühen Ratschlägen gefolgt und hätten insbesondere Gewerkschaften wie SPD in der Kohlepolitik nicht viel zu lange auf der Umweltbremse gestanden: Wie viel rationaler wäre wohl die hitzige Debatte um die fossilen Brennstoffe bis in die jüngste Gegenwart hinein verlaufen?

Aber auch der Städte-, Landschafts- und Raumplanung nahm sich Müller-Armack offensiv an und forderte deren "Veränderung in Richtung einer Gestaltung der gesellschaftlichen Umwelt insbesondere durch eine sinnvolle Gliederung von Industrie-, Verkehrs-, Wohn- Erholungsgebieten usw." Und weiter: "Vermehrte Anstrengung müsste darauf gerichtet sein, die Raumstruktur unserer Städte und Dörfer zu verbessern".

Zufall oder nicht: An der Universität Münster, an der der Professor nach dem Weltkrieg seine Ideen von der "Sozialen Marktwirtschaft" lehrte, machte Ende der Sechzigerjahre ein gewisser Klaus Töpfer am Zentralinstitut für Raumplanung Fragen der modernen Regionalpolitik zu seinem Thema. Töpfer wurde schließlich umweltpolitischer Vordenker seiner Partei, der CDU, die allzu lange den Anschluss in dieser Debatte verpasst hatte. Kanzler Kohl ernannte Töpfer 1987 zu seinem Umweltminister.

Müller-Armacks grundlegendes Credo im Februar 1960 lautete: Nicht die materielle Güterversorgung als vielmehr die sinnvolle und lebensmäßige Gestaltung der gesellschaftlichen und natürlichen Umwelt müsse in Zukunft im Vordergrund stehen. Dies verlange "gebieterisch eine quantitative Steigerung all jener Aufwandsposten, die die öffentliche Umwelt, in der wir leben, erst sinnvoll gestalten. Die weitergehende Expansion der Konsumversorgung dürfte für die meisten Menschen bald uninteressant werden, wenn nicht gleichzeitig aus öffentlichen Kräften die Gesamtumweltform verbessert wird". Deshalb solle sich der Staat jetzt "auf seine spezifischen Aufgaben für die Setzung einer konkreten Umweltordnung besinnen". Notwendig sei eine "qualitative Umorientierung".

Der Professor, der sich nach seinem Abschied aus dem Staatsdienst wieder wissenschaftlich an der Kölner Universität betätigte, fügte in seiner Streitschrift ebenso prognostisch hinzu, die gesellschaftliche Umwelt sei heute "international mehr denn je verflochten". Deshalb redete der Pionier der Sozialen Marktwirtschaft auch zu jener Zeit, als das Wort Globalisierung noch nicht erfunden war, einer aktiven Förderung der "Entwicklungsländer" das Wort.

Mit dem Wissen von heute mag man einwenden, von einem konsistenten Umweltprogramm sei dieser wissenschaftliche Beitrag vom Februar 1960 mit seiner Vielzahl an Themen noch deutlich entfernt. Aber ganz ohne Zweifel ist er geprägt von einem spürbar veränderten Bewusstsein. Müller-Armack widersprach mit seinem Plädoyer jedenfalls entschieden der damals verbreiteten Sichtweise, Umweltbelastungen oder gar bleibende Schäden seien als unvermeidbare Begleiterscheinungen des "deutschen Wirtschaftswunders" hinzunehmen. Seine Einsichten und Ansichten waren deutlich andere.

Dies ist insofern bemerkenswert, als dieses Thema etwa in dem sonst so wegweisenden Godesberger Programm der SPD aus dem Jahre 1959 noch keinerlei Rolle spielte. Erst im April 1961 gelang es Willy Brandt, mit seinem Ruf nach "einem blauen Himmel über der Ruhr" das Problem in ein plakatives Bild zu packen. Es dauerte allerdings fast noch ein weiteres Jahrzehnt, bis politische Bewegung entstand, gefördert durch Vorgänge wie das Fischsterben etwa im Rhein oder Katastrophen wie in Seveso 1976, einem der größten Chemieunfälle in Europa.

Erst jetzt rückte die "ökologische Frage" allmählich weiter nach vorn, mal schneller, mal langsamer. 1971 etablierte sich auf Bundesebene ein Sachverständigenrat für Umweltfragen. Als erste Partei widmete die linksliberal gewendete FDP im Herbst 1971 in ihrem Freiburger Programm der Umweltpolitik ein eigenes Kapitel. Am 2. März 1972 setzte der Club of Rome mit seinem Manifest über "die Grenzen des Wachstums" das Thema dann auch auf die internationale Tagesordnung. Neue Begriffe wie das "Waldsterben" fanden aber erst in den Achtzigerjahren Eingang in das internationale Vokabular.

Andere preschten ganz praktisch vor. Bayern gründete schon im Dezember 1970 das erste Umweltministerium nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa. Im Bayerischen Wald entstand ebenfalls 1970 der erste Nationalpark der Bundesrepublik Deutschland; das bayerische Naturschutzgesetz von 1973 galt als wegweisend. 1974 war der weiß-blaue Freistaat mit einem vollautomatischen lufthygienischen Überwachungssystem Vorreiter in der Aufgabe, die Luftschadstoffe kontinuierlich zu überwachen.

Und doch taten sich ausgerechnet die marktwirtschaftlichen Erben von Müller-Armack in der Union lange Zeit sehr schwer, sich für das Umweltthema zu öffnen - obwohl selbst ihr Urvater Konrad Adenauer ein bekennender Naturfreund war, was er in seiner Heimatstadt Köln schon frühzeitig vorexerziert hatte.

Beispielhaft ist der Konflikt um den langjährigen CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl. Mit seinem 1975 erschienenen Buch "Ein Planet wird geplündert - Die Schreckensbilanz unserer Politik" erschreckte er vor allem seine eigene Partei, die er dann auch Mitte 1978 verließ. Anfang 1980 beteiligte er sich mit seiner neuen "Grüne Aktion Zukunft" (GAZ) an der Gründung der Grünen als Partei. Die weitere Entwicklung seit jenem durchaus chaotischen Parteitag in Karlsruhe ist bekannt.

War aber ausgerechnet Müller-Armack tatsächlich früher Wegbereiter dieser neuen Umweltbewegung? Mit seinem Plädoyer vom Februar 1960 für eine "zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft" hat er ohne Zweifel sehr viel früher und schärfer als andere die Schwächen des deutschen Modells "Wohlstand-für-alle" erkannt. Gleich im ersten Satz beschreibt er die Ausgangslage so: "Jedes wirtschaftspolitische Programm bedarf nach einer Phase seiner Erprobung einer kritischen Überprüfung im Blick auf das Erreichte und auf das künftig zu Erreichende".

Und so setzte Müller-Armack in seiner Analyse gleich mehrere Ausrufezeichen, nicht nur in der Umweltfrage. Etwa indem er auch forderte, es müsse "in ganz anderem Maße als bisher" in das geistige Kapital von Wissenschaft und Forschung investiert werden, in "hervorragend ausgebildete Arbeitskräfte jeglicher Art" wie Techniker, Erzieher, freie Berufe, Ärzte. Es klingt wie ein früher Weckruf für Zeiten des Fachkräftemangels. Gleiches gilt für die soziale Frage der Verteilungsgerechtigkeit, wenn er postulierte: "Die Bemühungen um die Schaffung neuer Formen des Eigentums in breiten Schichten verdienen zweifellos intensivste Förderung".

Schaut man auf dieses Programm als Ganzes, so hat Müller-Armack Anfang der Sechzigerjahre vorausschauend eine anspruchsvolle marktwirtschaftliche Reformagenda entworfen, die weit bis in unsere Gegenwart reicht - so wie er übrigens schon im Januar 1950, als von Datenschutz und "informationeller Selbstbestimmung" noch keine Rede war, vor der "Tendenz des modernen Lebens" gewarnt hatte, "den Menschen durch Zahl und Norm (Karteikarten, Fragebögen) zu erfassen und schließlich mit der Zahl gleichzusetzen".

Leider ist es Müller-Armack mit seiner Botschaft nicht gelungen, ausreichend durchzudringen; die deutsche Gesellschaft zeigte sich saturiert und nur wenig reformbereit im Sinne seiner gedanklichen Skizze. Wäre dies anders gekommen - die Frage ist verwegen und doch berechtigt -, wo stünde Deutschland heute? So mancher spätere "Reformstau" und infolgedessen eine sinkende Akzeptanz des ökonomischen Leitmodells Soziale Marktwirtschaft wären vielleicht verhindert worden.

Das, was Müller-Armack 1960 niedergeschrieben hat, ist mehr als eine Vergangenheitsbewältigung verpasster Gelegenheiten. Ihm selbst ging es mit seiner Studie um die Aufgabe, "die Soziale Marktwirtschaft als zukunftsfähiges Leitbild, als Antwort auf die Fragen der kommenden Zeit" neu zu positionieren. Seine Gedanken sind deshalb für die aktuelle Debatte heute eine klare und durchaus optimistische Botschaft. Seine prinzipielle Überzeugung lautete dabei stets: Im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft ist die deutsche Wirtschaftspolitik keineswegs dogmatisch gewesen. Vielmehr: Solange der Grundvorgang marktwirtschaftlich bleibt, ist es möglich, auch andere Prinzipien in bestimmtem Umfange zu tolerieren.

Müller-Armacks vergessene Agenda, niedergeschrieben etliche Jahrzehnte vor dem Aufstieg der grünen Bewegung zum neuen politischen wie gesellschaftlichen Mainstream, enthält somit die Vision, Ökonomie und Ökologie marktwirtschaftlich miteinander zu verbinden. Wer für das moderne Leitbild einer nachhaltigen "ökosozialen Marktwirtschaft" nach wichtigen Leitplanken sucht, der findet in dem damals recht einsamen Rufer jedenfalls einen seiner nicht nur frühesten, sondern auch eindringlichsten Mentoren.

Kastentext:

Der Autor

Markus Schöneberger ist Publizist und lebt in Hamburg und Köln. Geboren 1949 in Völklingen/Saar, hat er an der Universität des Saarlandes Volkswirtschaftslehre, Politik und neuere Geschichte studiert. Seine Dissertation befasste sich mit der Informationspolitik des Auswärtigen Amtes. Nach einer journalistischen Ausbildung arbeitete er als Redakteur der "Saarbrücker Zeitung", später beim "Rheinischen Merkur", weitere Stationen waren der SWF Baden-Baden, NDR und RTL.hig.